
FDP Wehrheim

FDP KONTERT GROTESKE SPD-BEHAUPTUNGEN

19.02.2026

Wehrheim. Die FDP Wehrheim reagiert mit Verwunderung auf verschiedene Aussagen der SPD Wehrheim (Usinger Neue Presse vom 18.02.2026), insbesondere auf die Darstellung, an den Windrädern auf dem Winterstein sei „nicht mehr zu rütteln“. „Diese Aussage erweckt den Eindruck einer Unumkehrbarkeit, die der aktuellen Faktenlage nicht entspricht“, stellt FDP-Ortsvorsitzender **Ingmar Rega** klar.

Gestattungsvertrag mit ABO Energy steht faktisch auf dem Prüfstand

Die wirtschaftliche Krise des Projektentwicklers ABO Energy hat unmittelbare Auswirkungen auf das Projekt am Winterstein. Das Unternehmen hat selbst eingeräumt, bestehende Pacht- und Gestattungsverträge mit den beteiligten Kommunen neu verhandeln zu wollen – somit auch Wehrheim. Konkret bedeutet dies: ABO Energy versucht angesichts erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die Vertragsbedingungen zu seinen Gunsten zu verändern. „Genau dieses Risiko haben wir als einzige Fraktion frühzeitig erkannt und deshalb im Wehrheimer Parlament konsequent gegen den Gestattungsvertrag gestimmt. Änderungen am Vertragswerk erfordern eine erneute Beratung und Beschlussfassung durch die beteiligten Kommunen“, betont Rega.

Zugleich kritisiert die FDP die aus ihrer Sicht widersprüchliche Haltung der SPD Wehrheim: „Während die SPD am Süßeberg Windräder unter Verweis auf den Umweltschutz ablehnt, ist sie am Winterstein bereit, 35 Hektar Wald für ein wirtschaftlich unsicheres und hochriskantes Projekt zu opfern.“

Zukunftsfähige Gewerbeentwicklung sichern

Die Behauptung der SPD, „andere Parteien“ wollten Wehrheim mit Gewerbeflächen „zupflastern“, weist die FDP entschieden zurück. „Dieser Vorwurf ist sachlich falsch und dient offenkundig dazu, von den tatsächlichen Herausforderungen abzulenken“, erklärt

FDP-Fraktionsvorsitzender **Klaus Schumann**. Die Wehrheimer Liberalen stellen klar: „Der massive Eingriff in Natur und Landschaft droht am Winterstein – durch Windräder, die auch von der SPD unterstützt werden.“

Ziel der FDP sei es vielmehr, bestehende Gewerbebetriebe zu sichern, Neuansiedlungen zu ermöglichen und damit Arbeitsplätze sowie die finanzielle Stabilität der Gemeinde langfristig zu gewährleisten. „Eine starke lokale Wirtschaft ist die Grundlage für solide Gemeindefinanzen. Gerade die sozialen und infrastrukturellen Leistungen, die die SPD regelmäßig fordert, müssen solide finanziert werden. Wer notwendige Entwicklung blockiert, muss den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich erklären, ob stattdessen Leistungskürzungen oder Steuererhöhungen drohen.“

Ausbau der B456 konsequent umsetzen

Die FDP Wehrheim bekennt sich klar zum vierspurigen Ausbau der B456 zwischen dem Wehrheimer Kreuz und der A661, wie er im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen ist. Dieses Projekt ist von zentraler Bedeutung für die verkehrliche Zukunft der gesamten Region. „SPD und CDU stellen die Bundesregierung und verfügen damit über direkten Einfluss auf die Priorisierung und Umsetzung solcher Projekte. Statt diese Einflussmöglichkeiten aktiv zu nutzen, verliert sich die SPD Wehrheim im lapidaren Verweis auf fehlende kommunale Zuständigkeit. Ein Ausdruck erschreckender Anspruchs- und Ambitionslosigkeit“, kommentiert **Andreas Bloching**, FDP-Vertreter im Bau- und Verkehrsausschuss der Gemeinde.

Nordumgehung: Entlastung für Wehrheim und bessere Verkehrsanbindung

Im Gegensatz zur SPD spricht sich die FDP Wehrheim für die Nordumgehung aus. Sie ist aus Sicht der Liberalen sinnvoll und notwendig. „Insbesondere Berufspendler aus Pfaffenwiesbach und Friedrichsthal profitieren von einer besseren und schnelleren Anbindung an die B456 sowie in den Vordertaunus und nach Frankfurt“, so FDP-Ortsvorsitzender **Ingmar Rega**.

Gleichzeitig würde der Durchgangsverkehr im Zentrum von Wehrheim reduziert und insbesondere die Bahnhofstraße und Hauptstraße spürbar entlastet. Davon profitieren nach Auffassung der FDP sowohl die Lebensqualität der Anwohner als auch die Attraktivität des Ortskerns und des lokalen Einzelhandels.